

# AMNESTY INTERNATIONAL

## PRESSEERKLÄRUNG

18. Juli 2016

### **Die iranischen Behörden bringen Gefangene durch Verweigerung medizinischer Behandlung in Lebensgefahr!**

Die iranischen Behörden spielen verantwortungslos mit den Leben politischer Gefangener, indem sie ihnen angemessene medizinische Behandlung verweigern. So bringen sie die Gefangenen in Todesgefahr oder zu chronischen und nicht mehr behandelbaren körperlichen Leiden, so zu lesen in dem neuen Bericht von Amnesty International.

Der Bericht (*Gesundheit in Geiselhaft: Verweigerung medizinischer Behandlung in iranischen Gefängnissen – Health taken hostage: Cruel denial of medical care in Iran's prisons*) legt deutlich dar, dass das Justizwesen, besonders die Staatsanwaltschaft und die Gefängnisbehörden, absichtlich eine medizinische Behandlung verweigern. In vielen Fällen ist das beabsichtigt, um politische Gefangene einzuschüchtern, zu bestrafen oder zu demütigen oder um „Geständnisse“ oder auch „Reuebekennnisse“ zu erzwingen.

„Im Iran ist die Gesundheit eines Gefangenen in der Geiselhaft der Behörden, die den Gefangenen rücksichtslos medizinische Notwendigkeiten verweigern. Das ist grausam und völlig unhaltbar,“ sagte Philip Luther, der Abteilungsleiter für den Nahen Osten und Nordafrika von Amnesty International. „Der Zugang der Gefangenen zu medizinischer Behandlung ist international und im iranischen Gesetz festgelegtes Recht. Die Vorenthaltung einer medizinischen Behandlung verursacht schwere Schmerzzustände oder andere Leiden. Das mit dem Ziel einer Bestrafung, Einschüchterung oder um ein „Geständnis“ zu erzwingen. Das wird als Folter bezeichnet!“

Im Bericht werden 18 erschreckende Fälle geschildert, denen eine medizinische Behandlung mit der Gefahr eines andauernden gesundheitlichen Schadens verweigert wurde.

### **Gefangene sind in erschreckendem Umfang Missbrauch ausgesetzt**

Der Bericht zeigt ein rechtlich gestörtes Bild der Staatsanwaltschaft, die im Iran für Entscheidungen über Behandlungen mit Beurlaubung außerhalb des Gefängnisses oder Krankenhausbehandlung zuständig ist. Die Staatsanwaltschaft verweigert oft dem kranken Gefangenen die Genehmigung dazu, auch wenn eine notwendige Behandlung im Gefängnis nicht verfügbar ist und sie verweigert, auch gegen ärztlichen Rat, Urlaub aus medizinischen Gründen für ernsthaft kranke Gefangene.

Nachforschungen von Amnesty International ergaben, dass in einigen Fällen Gefängnisbeamte die Rechte der Gefangenen auf Krankheitsbehandlung verletzen, auch waren sie verantwortlich für Folter und andere Misshandlungen. In mehreren Fällen gaben sie den Gefangenen die ihnen zustehenden Medikamente nicht, legten unnötigerweise den politischen Gefangenen Handschellen und Fußfesseln an, behinderten ihre ärztliche Behandlung, fügten ihnen Verletzungen zu und verursachten Demütigungen und Erniedrigungen.

Gefangene erzählten Amnesty International, dass Gefängnisärzte manchmal in diese Missbräuche verwickelt waren. Sie sagten, dass einige Ärzte beständig ihre Gesundheitsprobleme

nicht ernst nehmen oder sie offen als „Einbildung“ bezeichneten. Sie behandelten ernsthafte Krankheitszustände mit Schmerztabletten und Beruhigungsmitteln.

Der Bericht zeigt, dass weibliche politische Gefangene zusätzliche Hindernisse bei der Erlangung ärztlicher Hilfe erfahren. Das besonders im Evin Gefängnis in Teheran, wo die (Gefängnis-) Klinik mit männlichem Personal (Ärzte und Pfleger) besetzt sei. Es kam oft vor, dass weibliche Gefangene mit Gesundheitsproblemen Notfallmaßnahmen oder sonstige Behandlung nicht bekamen. Sie meinten, es sei unschicklich, von männlichem Personal behandelt zu werden. Frauen waren auch sexuellen Anzügenlichkeiten und Beleidigungen im Zusammenhang mit den Verschleierungsvorschriften ausgesetzt.

„Die iranischen Behörden und insbesondere die Staatsanwaltschaft haben eine erschreckende Rücksichtslosigkeit in ihrem Verhalten gegenüber kranken Gefangenen entwickelt. Sie spielen geradezu mit dem Leben von Personen mit verheerenden Folgen für deren Gesundheit,“ sagte Philip Luther. „Die iranischen Behörden müssen unverzüglich ihre Verweigerung medizinischer Behandlung einstellen, was eine Art der Bestrafung oder Nötigung darstellt. Allen Menschen in Haft muss der Zugang zu einer angemessenen medizinischen Behandlung ohne Diskriminierung gewährleistet sein.“

### **Verweigerte Behandlung zur Erlangung von „Geständnissen“**

**Zeynab Jalalian** ist iranische Kurdin. Sie verbüßt eine lebenslange Haftstrafe wegen ihrer angeblichen Mitgliedschaft in einer kurdischen Oppositionsgruppe. Es besteht die Gefahr, dass sie blind wird, eine medizinische Behandlung wurde ihr vorenthalten. Ihre Familie vermutet, dass sie verletzt wurde, als die verhörenden Beamten ihren Kopf mehrmals gegen die Wand stießen. Daraus resultierte ein Schädelbruch mit Hirnblutung und Schädigung des Sehvermögens. Sie benötigt dringend eine Augenoperation, aber die Behörden haben wiederholt abgelehnt, sie in ein Krankenhaus bringen zu lassen. Geheimdienstler sagten ihr, sie müsse zuvor erst ein „Geständnis“ ablegen.

Ihre Schwester zu Amnesty International: „Sie sagten, wenn sie so vorginge, würden sie nicht nur ihre Strafzeit mindern, sondern sie auch zu einem Arzt bringen.“

„Medizinische Behandlung erst nach Abgabe eines „Reuebekenntnisses“ oder eines „Geständnisses“ bedeutet nicht nur eine schamlose Ausbeutung einer schlechten Gesundheit, es ist auch eine deutliche Verletzung des absoluten Verbotes der Folter und anderer Misshandlung,“ sagte Philip Luther.

### **Verweigerung zeitlich befristeter medizinischer Behandlung außerhalb des Gefängnisses**

Der politische Gefangene **Omid Kokabee** ist 33 Jahre alt, Physiker und er verbüßt eine 10jährige Haftstrafe wegen Verweigerung der Mitarbeit an einem militärischen Projekt im Iran. Seit fünf Jahren hat er Nierenbeschwerden, wiederholte Fragen nach Behandlung wurden von den Behörden abgelehnt. Im April 2016 diagnostizierte man dann einen fortgeschrittenen Nierenkrebs. Er wurde operiert, seine rechte Niere entfernt.

„Er musste lange auf die Verlegung in ein Krankenhaus warten ... aber die Beamten wollten nicht zustimmen. Die Gefängnisärzte haben ihn nie untersucht, sie verschrieben ihm lediglich Schmerzmittel,“ sagte ein Familienmitglied.

## AMNESTY INTERNATIONAL PRESSEERKLÄRUNG

Ein kürzlich aufgenommenes Foto zeigte Omid Kokabee 2015 an sein Krankenhausbett gekettet, das verursachte einen Aufschrei in den sozialen Medien.

**Afshin Sohrabzadeh** ist ein iranisch-kurdischer Gefangener, der eine 25jährige Haftstrafe verbüßt. Ihm wurde wiederholt eine notwendige Spezialbehandlung verweigert. Er litt unter Darmkrebs mit schweren und häufigen Darmblutungen. Die Behörden machten einen Hafturlaub von der Zahlung einer hohen Kautions abhängig.

„Wenn du für einen Hafturlaub keine Kautions leisten kannst, ist das kein Problem. Wir werden (dann) deinen Körper in eine Leichenhalle bringen, dort können dich deine Eltern abholen,“ so sprach man offensichtlich zu ihm.

Am 25. Juni 20016 erhielt er endlich Hafturlaub. Er war jedoch nicht in der Lage, seine Behandlung zu finanzieren. Der Geheimdienst hatte ihm seine Personaldokumente weggenommen. So konnte er die Krankenversicherung nicht in Anspruch nehmen.

Der politische Gefangene **Afif Naimi** ist politischer Gefangener. Er ist einer der sieben führenden Mitglieder der Baha'i-Gemeinschaft. Er verbüßt eine 10jährige Haftstrafe und ist ein weiterer schockierender Fall. Er leidet an einer schweren Blutgerinnungsstörung, die regelmäßige Behandlung erfordert, die im Gefängnis nicht möglich ist. Unbehandelt bedeutet das einen tödlichen Ausgang. Er wurde ärztlicherseits als nicht haftfähig eingestuft, trotzdem lehnte die Staatsanwaltschaft seine Entlassung aus medizinischen Gründen ab. Während der Haftzeit erlitt er mehrere Blutungen und Ohnmachten, was häufige Krankenhausbehandlungen nötig machte.

### Hungerstreik

Viele politische Gefangene mit schlechter Gesundheit haben erkannt, dass sie keine andere Wahl haben als zu streiken, um die Behörden dazu zu bringen, sie behandeln zu lassen. Ein Erfolg ist nicht voraussehbar, aber in einigen Fällen haben die Behörden dann den Hungerstreikenden Hafturlaub gewährt. Aber sie zwangen sie (oft) zur Unterbrechung der Behandlung, indem sie sie nach einer kurzen Zeit und gegen ärztlichen Rat ins Gefängnis zurückbrachten.

In einigen Fällen wurden Gefangene wegen des Hungerstreiks bestraft. Der politische Häftling **Alireza Rasouli** verbüßt eine dreieinhalbjährige Haftstrafe. Drei Jahre Haft erhielt er zusätzlich wegen Anklagen zur „nationalen Sicherheit“ und „Verbreitung von Propaganda gegen das System“, darunter fiel die „Inszenierung eines Hungerstreiks“. Er hat ein Knochenleiden am Bein, das sich unbehandelt verschlimmert, ihm schwere Schmerzen bereitet und ihn beim Laufen behindert. Er fordert jetzt eine Behandlung außerhalb des Gefängnisses, um einen möglichen Dauerschaden zu verhindern.

Amnesty International fordert von den iranischen Behörden den unverzüglichen Stopp der Ablehnungen geeigneter medizinischer Behandlung von Gefangenen, wie das die internationalen Verpflichtungen des Iran verlangen. Dazu müssen die Behörden Nachforschungen bei der Staatsanwaltschaft und den anderen Beamten und dem medizinischen Personal anstellen, die möglicherweise in absichtliche Verweigerung medizinischer Behandlung von Gefangenen verwickelt sind.

(Werner Kohlhauer: Unautorisierte Übertragung der Koordinationsgruppe Iran. Es gilt das englische Original. Der neue Bericht siehe unter: [www.amnesty-iran.de](http://www.amnesty-iran.de).)